

Ist das in seiner jetzigen Ausprägung formulierte 50-jährige deutsche Urheberrecht im Wettbewerb mit globalen Unternehmen zukunftssicher? Wie können die Urheber angemessen von der Digitalisierung ihrer Werke profitieren, ohne dass das Internet weltweit überwacht werden muss? Darüber gibt es zurzeit eine lebendige Debatte. Der sozialdemokratische Europaabgeordnete Dietmar Köster favorisiert ein von der Gesellschaft kontrolliertes Verwertungsmodell durch Schaffung einer öffentlich-rechtlichen digitalen Plattform. *tv diskurs* sprach mit ihm über die Chancen dieser Idee.

Öffentlich-rechtliche Plattform schaffen!

Wir feiern jetzt 50 Jahre Urheberrecht in Deutschland. Was ist gegenwärtig aus Ihrer Perspektive als Europapolitiker das Hauptproblem im Urheberrecht und welche Vorschläge haben Sie?

Die InfoSoc-Richtlinie, die bisherige rechtliche Grundlage aus dem Jahr 2001, stammt aus einer Zeit, als es noch kein Facebook und kein Google gab. Das Internet hat zu einer so grundlegenden Veränderung im Nutzerverhalten bei geistigen Werken geführt, dass auf der einen Seite viele Nutzer Urheberrechtsbestimmungen oft unbewusst verletzen und auf der anderen Seite viele Künstler, Kulturschaffende keine Vergütung erhalten. Aufgrund dieser Situation müssen wir zu einer Änderung kommen. Hinzu kommt die Schwierigkeit, dass es viele rechtliche Unklarheiten gibt. Der Europäische Gerichtshof und nationale Gerichte sind immer mehr gefordert. Wir können jedoch nicht den Gerichten die Gestaltung des Urheberrechts im digitalen Zeitalter überlassen. Da ist die Politik gefordert. Deswegen müssen wir hier im Europaparlament Vorschläge machen. Unser Vorschlag ist, diejenigen in den Blick zu nehmen, die in einer digitalisierten Welt bisher drohen, die Verlierer zu werden, nämlich die Kreativen, die Kulturschaffenden. Urheberrecht ist ja auch ein Stück weit ein Schutzrecht für die Kulturschaffenden und wir wissen, empirisch belegt, dass z. B. die Gruppe der Autorinnen

und Autoren gegenwärtig über erheblich geringere Einkommen verfügt, als es in der analogen Zeit vor Google und Facebook der Fall war. Wenn wir vor allem die Kultur stärken wollen in Europa, dann brauchen wir ein Urheberrecht, das die Einkommen stärker umverteilt zugunsten der Kulturschaffenden. Wenn wir uns die ganze Wertschöpfungskette angucken, muss man feststellen, Google und Co. sind keine Kommunikationsunternehmen mehr, sondern große Werbeagenturen, die darüber ihre riesigen Einnahmen generieren. Diese müssen ein Stück weit auf diejenigen umverteilt werden, die bisher am wenigsten vom Kuchen abbekommen. Wir brauchen wirtschaftliche Vernunft, soziale Verteilungsgerechtigkeit auch in diesem Bereich. Dafür müssen wir uns engagieren. Ich stehe als Sozialdemokrat natürlich dafür, dass das Ganze zustimmungsfrei und vergütungspflichtig ist. Das heißt, wir wollen nicht, dass vor allem die User zur Kasse gebeten werden. Hier müssen wir im Sinne der Demokratie einen freien Zugang zu den Informationen ermöglichen. Ich halte auch nichts davon, User zu kriminalisieren. Wir brauchen ebenso keine Überwachungsinstrumente, um Plattformen zu überprüfen. Das birgt immer die Gefahr in sich, dass auch der Einzelne in seinen Persönlichkeitsrechten, in seinen Privatrechten begrenzt wird. Wir wollen keine verstärkte Überwachung.

Sie haben jetzt den Vorschlag präsentiert, eine öffentlich-rechtliche Plattform zu installieren, die ein Gegengewicht zu den kommerziellen Plattformen im Internet darstellen soll. Hat dieser Vorschlag wirklich eine realistische Chance – angesichts der Tatsache, dass das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem unter starkem Legitimitätsdruck steht?

An der bisherigen Debatte stört mich, dass wir uns über Firmen wie z. B. Netflix beklagen, die einfach die Möglichkeiten nutzen, die ihnen der Markt in der digitalen Welt eröffnet. Aber das Beklagen reicht nicht. Wir sollten lieber darüber nachdenken, öffentlich-rechtliche Plattformen für den europäischen Film als Pendant zu Netflix zu entwickeln. Der alleinige Gedanke, dass die Zukunft des Urheberrechts vor allem über den Markt gesteuert werden muss, greift zu kurz. Wenn wir einen öffentlich-rechtlichen Sektor schaffen, können wir den Monopolen ein Stück weit entgegenwirken. Das muss nicht unbedingt bei den Institutionen ZDF oder ARD angesiedelt sein. Da gibt es sicherlich auch das eine oder andere zu diskutieren. Aber die entscheidende Frage ist, wie wir eine öffentlich-rechtliche Grundlage schaffen, mit der zivilgesellschaftliche Organisationen, Bürgerinnen und Bürger größere Einflussmöglichkeiten haben. Für mich ist das auch ein Weg, die digitalisierte Welt zu demokratisieren; bei Google, Facebook hat die Öffentlichkeit nichts zu melden. Hier herrschen die Marktprinzipien.

„Öffentlich-rechtlich“ ist tatsächlich kein Alleinstellungsmerkmal von Rundfunkanstalten. Sparkassen haben ja auch einen öffentlich-rechtlichen Status. Aber bei allem stellt sich immer wieder die Frage der Finanzierung. Wer soll es bezahlen?

Ich glaube, zunächst einmal muss die Idee programmatisch weiterentwickelt werden. Danach müssen wir die Bereitschaft in der Politik und in der Zivilgesellschaft finden, solche sozialen Innovationen voranzutreiben. Ich bin der festen Überzeugung, dass es bei einem entsprechenden politischen Willen auch Finanzierungsmöglichkeiten gibt. Denn es kann nicht sein, dass sich die großen Monopole wie Google und Facebook Steueroasen aussuchen und ein Großteil der Gelder, die eigentlich der öffentlichen Hand zustehen würden, entzogen werden. Wir wissen, dass den europäischen Ländern jedes Jahr Steuern in Höhe von 1.000 Mrd. Euro durch Steuerhinterziehung in Steueroasen und Steuerdumping entgehen. Das muss gestoppt werden. Das ist eine klassische europäische Aufgabe, die wir angehen müssen.



Wie weit ist der Diskussionsprozess bereits? Ist die Idee einer öffentlich-rechtlichen Plattform mehrheitsfähig? Welches Feedback haben Sie?

Ich wollte jetzt erst einmal diesen Gedanken in die öffentliche Debatte einspielen. Ich wollte prüfen, welche Resonanz er findet. Jetzt muss ich versuchen, ihn in meiner eigenen Partei und auch in den parlamentarischen Beratungsprozess einzubringen. Ich glaube, dass es in der Öffentlichkeit eine zunehmende Sensibilität gibt, was die Gestaltung der digitalen Welt betrifft. Da können öffentlich-rechtliche Einrichtungen eine positive Rolle spielen. Diesen Gedanken möchte ich jetzt weiter nach vorne entwickeln.

Das Interview führte Jörg Wagner.